

Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lieber Johannes Rau,
Herr Bundesminister Franz Müntefering,
Herr Landesminister Heinz Schleußer,
Herr Bundesvorsitzender Dr. Ragati,
lieber Egon Bahr,
meine Damen und Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestages,
meine Damen und Herren,

dieser Gobelinsaal des Alten Rathauses der Stadt Bonn ist auch ein Schauplatz bundesdeutscher Geschichte. Er hat in den vergangenen 50 Jahren die wichtigsten politischen Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland, der Länder des Westens, Osteuropas, des asiatischen, afrikanischen und amerikanischen Kontinents gesehen.

Die Freitreppe des Alten Rathauses war ebenso ein Podium für bedeutende Redner – ich erinnere nur an Theodor Heuss, John F. Kennedy, Charles de Gaulle – wie die des Schöneberger Rathauses in Berlin, in dem der Namensgeber des Friedenspreises der Arbeiterwohlfahrt, Heinrich Albertz, als Regierender Bürgermeister arbeitete.

Gerne habe ich das Rathaus für die erste Verleihung des Heinrich – Albertz-Friedenspreises zur Verfügung gestellt. Dafür gibt es gute Gründe:

Ich meine,

- der Veranstalter, die Arbeiterwohlfahrt,
- der Namensgeber des Preises, Heinrich Albertz
- und der erste Preisträger, Johannes Rau,

haben ganz viel mit Bonn zu tun und mit dem, wofür Bonn als Symbol steht.

Gerne, lieber Herr Bundesvorsitzender Dr. Ragati, habe ich Sie und die Arbeiterwohlfahrt eingeladen. Sie sind eine der bedeutendsten Wohlfahrtsorganisationen unseres Landes. Sie geben durch vielfältige Aktivitäten dem Begriff des sozialen Rechtsstaates Gestalt, der in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verankert ist. Die Arbeiterwohlfahrt bekennt sich in der Präambel des Friedenspreises zur freiheitlichen Demokratie, zu den Menschenrechten als Grundprinzipien einer humanen Gesellschaft. Es sind Prinzipien des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, das in der Verfassungsstadt Bonn beraten, beschlossen und verkündet wurde.

Die Arbeiterwohlfahrt trägt dazu bei, dass auch das Leben in unserer Stadt menschliche Züge trägt. An vielen Stellen leistet sie gemeinsam mit anderen Verbänden, vielen Initiativen und natürlich auch der Stadt Bonn tatkräftige, phantasievolle und wirksame Hilfe denen, die ihr Leben aus eigener Kraft nicht gestalten können. Ich nenne Beispiele: Seniorenbegegnungsstätten, Wohnanlagen für ältere Menschen, ambulante und stationäre Mittagstische, Kleiderkammern, Pflegedienste, Beratungen im Internationalen Zentrum, Kurse für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Mitarbeit im Ausländerbeirat. Sie tun dies mit zahllosen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, mit einer guten Organisationsstruktur, in großer Nähe zu den Menschen und auch mit großer Akzeptanz in unserer Stadt. Dafür möchte ich Ihnen herzlich und dem ganzen AWO-Team sehr herzlich danken.

Das Rathaus ist auch darum ein guter Platz für diese Feierstunde, weil der Friedenspreis den Namen des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von

Berlin, Heinrich Albertz, trägt. Nicht nur dieser Name, auch die frühere politische Funktion seines Trägers öffnen wieder einmal den Blick, wie eng Bonn und Berlin durch den besonderen Weg der deutschen Geschichte und der Politik seit einem halben Jahrhundert miteinander verbunden sind.

Gerne sage ich, daß die Stadt Bonn an der Pflege dieser Beziehung großes Interesse hat. Und dies macht auch Sinn. Berlin und Bonn stehen für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, für die Geschichte der DDR, für die Geschichte des geeinten Deutschlands.

Heinrich Albertz, den wir als einen sensiblen, geradlinigen, gelegentlich sicher auch unbequemen Menschen, Theologen, Politiker in Erinnerung haben, war geprägt durch seine Erfahrungen aus der nationalsozialistischen Diktatur. Die Bewahrung der Freiheit) die Würde des Menschen betrachtete er als besonders zerbrechliche Güter. Dabei ging er gelegentlich bis an Grenzen, in denen er von manchen nicht mehr verstanden wurde. Heinrich Albertz war ein Mensch, der uns die Werte von Solidarität, Freiheit, Menschenwürde, Toleranz vorlebte in einer Zeit, in der versucht wird, das nicht immer ganz leichte Zusammenleben einer internationalen und multikulturellen Gesellschaft mit Plattheiten und Dumpfheiten, manchmal auch Dummheiten, zu belasten.

Bonn ist eine Stadt mit großer Erfahrung und Übung im Zusammenleben von Menschen aus über 160 Ländern. Diplomaten, Journalisten, Wissenschaftler und Forscher, Studenten, aber auch Arbeiter und Geschäftsleute können sich in Bonn wohl- und auch sicher fühlen, eine Stadt mit tolerantem Klima, mit liberalem Lebensgefühl. Bonn tritt wie Albertz, wie die

AWO, wie der Preisträger Johannes Rau für diese Werte, für Solidarität und Toleranz ein. Auch darum ist diese Stadt ein guter Platz für Ihren Preis.

Nicht zuletzt ist es eine Ehre für Bonn, daß der frühere langjährige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Johannes Rau für diesen ersten Friedenspreis der AWO ausgewählt wurde und ihn in Bonn und im Alten Rathaus erhält.

Lieber Johannes Rau, es ist dies nicht die Stunde und nicht meine Aufgabe, Sie hier und heute zu würdigen. Dies tut Egon Bahr, einer der Architekten der Bonner Ostpolitik und damit einer der Zeitzeugen der politischen Ära, die mit dem Namen Bonn untrennbar verbunden bleibt. Als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und als Bundesratspräsident ist ein großer Teil ihres politischen Lebens mit unserer Stadt verbunden. Immer wieder führte sie der Weg zu der "südlichsten Stadt" Nordrhein-Westfalens und auch in dieses Rathaus.

Und niemand ist überrascht, wenn ich heute sage, ich wünsche, Ihnen, dem Land und auch Bonn, daß dies auch in Zukunft häufig der Fall sein wird. In vielen bedeutenden Reden, die Sie in unserer Stadt gehalten haben, wurde Ihre besondere, unverwechselbare Fähigkeit deutlich: Menschen zusammenzuführen, gegensätzliche, selbst extreme Meinungen zu respektieren, abzuwägen.

Diese Ihre unverwechselbaren Fähigkeiten haben Sie auch in den Jahren der hektischen, nicht immer sachlichen, gelegentlich auch unfairen Diskussion um die Festlegung der Bundeshauptstadt und den Parlaments- und Regierungssitzes unter Beweis gestellt: Erlauben Sie mir, daran mit einem abschließenden Zitat aus Ihrer Regierungserklärung vor dem Landtag

von Nordrhein-Westfalen im August 1990 zur Bonn-Berlin-Debatte zu erinnern. Sie sagten: "Ich widerspreche jenen, die in der aktuellen Debatte über die Hauptstadt der Deutschen falsche Argumente gegen Berlin vorbringen: Weder ist Berlin ein Hort preußisch-deutscher Reaktion, noch macht dort der angebliche Druck der Straße freie demokratische Entscheidungen unmöglich. Falsche Argumente und falsche Töne gibt es aber auch gegen Bonn. Deshalb sage ich; Berlin ist nicht Babylon und Bonn ist nicht Krähwinkel." Zitat Ende.

Dr. Manfred Ragati, AWO-Bundesvorsitzender

Lieber Johannes Rau,

Vor wenigen Wochen haben Delegierte aus ganz Deutschland auf einer Sonderkonferenz ein Grundsatzprogramm mit Leitsätzen und einem Leitbild für die Arbeiterwohlfahrt verabschiedet, das uns Grundlage sein soll für die vor uns liegenden Aufgaben. Ein Programm, das Maßstäbe zu setzen versucht in unserem alltäglichen Handeln für Menschen, die unserer Hilfen, unserer Betreuung, unserer sozialen Dienste bedürfen.

Aber auch ein Programm, das bei allen Aufforderungen zum Schritthalten mit den Veränderungen in unserer Gesellschaft die traditionellen Werte unserer Mitgliedergemeinschaft betont und in den Mittelpunkt unseres Handelns stellt: Werte, wie Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

1919 hatte Marie Juchacz im Parteivorstand der SPD die Gründung der AWO durchgesetzt. Heute – 1999 – nehmen wir im 80. Jahr des Bestehens für uns in Anspruch, für diese Ziele nicht nur acht Jahrzehnte gestritten zu haben, sondern konkrete

Wer so etwas sagt, gehört im Alten Bonner Rathaus geehrt. Dies soll jetzt geschehen.

Der Glückwunsch der Stadt gehört dem Preisträger, der Dank der Ausloberin. Ich heiße Sie im Namen von Rat und Bürgerschaft herzlich willkommen.

Beiträge zur sozialen Demokratie in den Gemeinden, in den Kreisen und in den Ländern Deutschlands erbracht zu haben.

Wir wissen aber auch, dass es zur politischen und gesellschaftlichen Ausgestaltung, zur Durchsetzung dieser Werte im täglichen Leben Persönlichkeiten und Repräsentanten bedarf, die für die Umsetzung dieser Werte parlamentarisch arbeiten und mit persönlichem Beispiel ihnen Glaubwürdigkeit verleihen.

Vor 50 Jahren hat der junge, 34jährige, 1949 zum Bundesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt gewählte Flüchtlingspfarrer Heinrich Albertz in einem Organ der wiederbegründeten Arbeiterwohlfahrt daran erinnert, "dass die größte Liebe die Gerechtigkeit ist" und, so notierte er "Wenn es unter den Schwachen Schwächere gibt, stehen wir auf der Seite der Schwächsten".

Heute, 1999, 50 Jahre später, in einer Gesellschaft der Massengüter und -produktion und des Reichtums, der Glorifizierung des Marktes muss sich soziale Gerechtigkeit, die Verantwortung und die Liebe für den Schwäch-

ten unter den Schwachen neu bewähren.

Ich zitiere Johannes Rau aus einem Zeitungsinterview vom 19. Dezember des vergangenen Jahres:

"Der Markt ist wertblind", sagt er und weiter heißt es: "Wenn sie ein Bild vom Menschen entwickeln, als ginge es nur um Wettbewerb und Konkurrenz, dann darf es nicht wundern, wenn nicht nur die junge Generation eines Tages von allem den Preis kennt und von nichts mehr den Wert. Wir dürfen nicht zur Dividendengesellschaft verkommen".

Deshalb ist es eine große Errungenschaft unserer Verfassung, das Sozialstaatsprinzip geschaffen zu haben, ungeachtet der Schwierigkeiten von Juristen bei dessen Interpretation. Denn sie befassen sich immer noch zu intensiv mit der Freiheit des Eigentums als mit dessen Sozialverpflichtung.

Der Bundesvorstand hat genau vor einem Jahr entschieden, dass es gut wäre, durch einen Stifterpreis, der an das Ringen und Bemühen eines Heinrich Albertz um sozialen und inneren Frieden in einer Demokratie erinnert, Persönlichkeiten zu ehren, die, wie Heinrich Albertz, Solidarität und soziale Verantwortung in den Mittelpunkt ihres Lebens gestellt haben, die beispielgebend bei aller menschlichen Fehlerhaftigkeit stets zu den Werten gefunden haben, die den Menschen prägen und die Gesellschaft verbinden.

"Unkonventionell, tolerant und sehr menschlich", hat Lotte Lemke, viele Jahre unsere Bundes- und Ehrenvorsitzende, über Heinrich Albertz gesagt. "Seinen Freunden", schrieb sie, "sei er ein verlässlicher Freund".

Wohl war, wie sehr dies auch auf die Persönlichkeit zutrifft, die wir heute ehren wollen. Johannes Rau, ein treuer uns und unseren Zielen zugewandter politischer und persönlicher Freund. Die dabei sein konnten, werden an seine Rede bei unserer Bundeskonferenz in Bonn 1989 denken, wo wir an das 70jährige Bestehen unseres Verbandes erinnerten. Draußen waren die Vorzeichen gewaltiger Veränderungen zu spüren, aber noch traute sich niemand, das in Worte zu fassen, weil wir uns nicht vorstellen konnten, dass wenige Tage später die Mauer fallen würde, die Einheit Deutschlands greifbar nahe war.

Die dabei sein konnten, werden sich an die Worte von Johannes Rau erinnern – bei unserer Feierstunde zum 75jährigen Bestehen am 17.12.1994 in Hannover:

"...damit uns der Mensch nicht aus dem Blick gerät", mahnte er, "der ist uns anvertraut, dem sind wir anvertraut, zu dem gibt es keine Alternative, und der ist – wie immer er auch sei – ein geliebtes Wesen, und er fragt uns, ob wir ihm unsere Liebe geben oder verweigern".

In diesen Worten kommt das Bekenntnis zum Ausdruck, wofür wir ihn heute mit dem Heinrich-Albertz-Friedenspreis als ersten Preisträger ehren wollen.

Ich möchte dem Laudator Egon Bahr nicht vorgreifen und deshalb nur einige wenige Sätze lang versuchen, eine Brücke zwischen Heinrich Albertz und Johannes Rau zu denken. Mancher könnte meinen: Hier der Pfarrer und da der von vielen als 'Bruder Johannes' Bezeichnete. Das ist ganz sicher nicht ohne Charme. Als Johannes Rau 1967 Fraktionschef der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wurde, da stand Heinrich Albertz sei-

nen wohl schwersten Gewissenskonflikt durch. Am 2. Juni 1967 starb in Berlin der Student Benno Ohnesorg auf der Straße, tödlich getroffen durch eine Kugel aus der Dienstwaffe eines Kriminalobermeisters. Eine Demonstration gegen den Schah-Besuch hatte friedlich begonnen, doch das Geschehen eskalierte und niemand konnte damals ahnen, welche Erschütterungen die Aktion mit dem Codenamen "Füchse jagen" gegen die Studenten, die Demonstranten in der Bundesrepublik Deutschland auslösen würden. Heinrich Albertz war damals als Nachfolger von Willy Brandt der Regierende Bürgermeister in Berlin, der mit den Worten "die Geduld der Stadt ist am Ende" gegen die Demonstranten hart durchgreifen ließ.

Nur wenig später trat Albertz von seinem Amt zurück, in dem er eingestand, "dass ich am schwächsten war, als ich am härtesten gehandelt habe". Die wenigen Stunden des 2. Juni hatten ihn verändert, hatten ihn zurückgeführt. Viele haben heute ein Foto in Erinnerung: Das erschöpfte und verunsicherte Gesicht, als er am 3. März 1975 mit den freigesessenen Entführern des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz in Frankfurt ein Flugzeug besteigt, das sie in den Jemen bringt.

Flüchtlingspfarrer, Senator, Bürgermeister, Politiker und wieder Pfarrer, Vermittler und Friedensbewegter, den die Ereignisse vom Juni 1967 geprägt hatten, der die Terroristen des deut-

schen Herbstes "unser aller Söhne und Töchter nannte".

Man erlaube mir zu denken, "Versöhnen statt Spalten" mögen auch die Motive des Heinrich Albertz, der in vier Tagen seinen 84. Geburtstag begangen hätte, gewesen sein.

Ein Lebensmotiv, lieber Johannes Rau, in anderen Zusammenhängen, das man Ihnen persönlich glaubt, weil Sie es leben. Es im bundespolitischen Zusammenhang als Politik zu realisieren, blieb Ihnen versagt. Aber es gibt vielleicht in einem anderen Amt erneut die Gelegenheit, mit der Kraft des Wortes, das aus dem Geist der Überzeugung und politischen Lebensleistung kommt, dies zu realisieren.

Ich möchte nun Egon Bahr bitten, der aus den Berliner Tagen Heinrich Albertz kannte und ein enger politischer Weggefährte von Johannes Rau ist, einige Worte an den heute von uns zu Ehrenden zu richten. Wir freuen uns aufrichtig, mit Ihnen den Mann unter uns zu haben, der in großem Maße die deutsche Einheit mitgedacht und ihr Zustandekommen vorgestaltet hat. Auch Ihre Lebensleistung, die deutsche Entspannungspolitik mit unseren östlichen Nachbarn, ihre enge Nähe mit Willy Brandts Politik des "Mehr Demokratie wagen", übersetze ich als politische Maxime, die versöhnt und nicht spaltet.

Egon Bahr, Bundesminister a.D.

Zunächst habe ich mich gefreut, aus diesem Anlass sprechen zu dürfen; denn viele unsichtbare Verbindungen kommen da zusammen: Johannes Rau ist Kuratoriumsmitglied des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises, der Heinrich Albertz verliehen wurde und den

erhalten zu haben ich als Ehre empfinde, verpflichtend, solange der Atem reicht. Johannes Rau, Willy Brandt und Heinrich Albertz sind Namen, die eine lange Kette von Erinnerungen auslösen, an belastende und beglückende Situationen zu ganz unter-

schiedlichen Zeiten, an Erfolge und Misserfolge, gute Erinnerungen, weil letztlich selbst kritische Umstände Gefühl und Bewußtsein der solidarischen und freundschaftlichen Verbundenheit der Beteiligten nicht beschädigt haben.

Zum anderen bin ich dankbar, weil der Vorredner Manfred Ragati alles Wesentliche gesagt hat, was die Verleihung begründet. Das ist keine Floskel, sondern so gemeint. Hinzu zu fügen wäre da höchstens noch der Glückwunsch an die Arbeiterwohlfahrt, weil sie keine bessere Wahl hätte treffen können und dass es schwer fallen wird, in den kommenden Jahren einen würdigeren Preisträger zu finden.

Damit könnte ich meine Laudatio beenden. Aber weil das unpassend wäre, will ich versuchen, ohne mit vielen Worten und Umschreibungen dasselbe zu wiederholen, etwas Zusätzliches zu sagen. Lieber Johannes, dies ist wahrscheinlich das letzte Mal, dass ich den Mitbürger ohne Amt und Würden öffentlich mit seinem Vornamen ansprechen darf. Diesen Genuss soll man sich nicht entgehen lassen. Dabei habe ich den großen Vorteil, dass du alle Reden, die für und auf dich gehalten worden sind, anhören musstest oder durftest. Das ist mir erspart geblieben. Jedenfalls kennst und weißt du, wie wenig Neues da zu erwarten ist. Ignoranz erleichtert Äußerungen oft im Leben; sie soll auch in diesem Falle genutzt werden.

Da muss mit den Unvergleichlichkeiten begonnen werden zwischen Rau und Albertz. Den einen zeichnet eine bewundernswert gute, runde, angenehme Handschrift aus, der andere hatte eine kaum lesbare Klaue, eigentlich eine Zumutung, an die man sich dennoch gern gewöhnte. Der Rau hat meines Wissens nicht im Gefäng-

nis gesessen, dafür aber in seltener Befähigung gezeigt, dass man auch ohne Abitur Wissenschaftsminister werden kann, wobei schwer zu entscheiden ist, ob das nun ein nachahmenswertes Vorbild für die Jugend sein soll oder nicht. Der Albertz war nie Jusos, während der Jusos-Vorsitzende von Wuppertal bewiesen hat, was selbst aus Jusos alles werden kann. Einer hat es bekanntlich sogar schon zum Bundeskanzler gebracht. Der Rau war noch zu jung, um zu den "zornigen alten Männern" zu gehören, die sich mit Albertz auf unterschiedliche Art als Gegner Hitlers erwiesen hatten und nun von daher über vertane Chancen und gescheiterte Hoffnungen nach drei Jahrzehnten bundesdeutscher Entwicklung aufbegehrend schrieben. Das war 1979 und Johannes Rau ein noch frischer Ministerpräsident, von dem zu Recht nicht geglaubt wurde, er könne lange zornig bleiben.

So unterschiedlich die Wege beider in die SPD waren – der eine gewissermaßen selbstverständlich, der andere auf dem Umweg über die "Gesamtdeutsche Volkspartei" und ihren ehrenvollen Misserfolg (denn wenn auch die Kräfte nicht reichen, so war doch der Wille zu loben), so blieben Enttäuschungen in der Partei beiden nicht erspart. Wankelmütigkeit und menschliche Kälte, Dummheit und zivile Feigheit, sogar ehrgeizige Hinterhältigkeit – ich musste auch mehrfach schlucken, bis ich gelernt hatte, wie unverzichtbar der Anspruch einer großen Volkspartei auf ihren Anteil an Törichtem, Faulen und Gefräßigen in der Gesellschaft ist. Aber ich kann nicht unterdrücken, dass – um es milde zu sagen – es insbesondere kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Berliner Partei bleibt, wie sie den ehemaligen Regierenden Bürgermeister behandelt hat, nachdem der Ver-

ständnis für die Gruppe Baader und Meinhoff geäußert hatte.

Dass Albertz es der Partei nicht immer leicht gemacht hat, war nichts Neues. Willy Brandt hat es in der ihm eigenen Art einmal so ausgedrückt: Albertz "hat sich durch taktische Erwägungen kaum beeindrucken lassen, was nach meiner Erfahrung nicht immer eine Stärke sein muss". Da standen Rau und Brandt sich immer viel näher.

Manche sonstige Unterschiedlichkeiten weglassend, will ich noch zu einer kommen, die zum Kern der Vergleichbarkeit zwischen dem langjährigen AWO-Vorsitzenden und dem heute zu Ehrenden führt. Zu Heinrich Albertz hat mir Willy Brandt in jenen heute kaum noch vorstellbaren Zeiten der Verdächtigungen und Verleumdungen vor der ersten Passierscheinregelung empfohlen, ich solle in Zweifelsfällen auf Heinrich hören; der habe eine verlässliches inneres Geländer. Wir sind vorhin daran erinnert worden, daß er es einmal los ließ, im Juni 1967, als er verblendet und verführt durch die Macht des staatlichen Gewaltmonopols einen Befehl gab, durch den ein Student starb. Diese erlebte Verführbarkeit des Menschen hat ihn bis zum eigenen Tod nicht losgelassen. Diese Versuchung wird dir, Johannes, erspart bleiben. Dein inneres Geländer ist unversehrt.

Dies mag der tiefste Grund der Ähnlichkeit der Unähnlichen sein, die Gottvertrauen und Menschenliebe verbinden und in dieser Gewissheit fröhlich sein ließ und lässt bei allen Widerwärtigkeiten des Tages – und Lust an Humor, sogar ausgelassenen und nicht verletzenden Spott erlaubt. Sofern diese Haltung gelebt wird, über die Jahrzehnte Alltag wird, entwickelt sich Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit ist das Schwerste, hat Erhard Eppler einmal gesagt. Was eigentlich

braucht unser Land mehr als Glaubwürdigkeit?

Das Jahr 1999 ist noch frisch. Wir blicken schon hinüber ins nächste Jahrtausend, eine unübersehbare Perspektive vielleicht mit der Ausnahme, dass zu besorgen ist, den vielen folgenden Generationen noch den Raum zu lassen, damit sie zu ihrer Zeit noch die Chance erhalten, geschichtliche Entscheidungen zu treffen. Demut ist uns zu wünschen, die den Menschen als Teil der schutzbedürftigen Natur begreift, also nicht alles macht, was wir könnten, damit der Globus wohnlich bleibt.

Doch schon die Sicht auf das nächste Jahrhundert wird unscharf, vielleicht mit der Ausnahme, dass aus der Chance Wirklichkeit werden muß, Kriege zwischen Staaten jedenfalls auf unserem Kontinent unmöglich zu machen. Der großen möglicherweise entscheidenden Verantwortung für diese Aufgabe ist sich unser Land noch zu wenig bewußt. Dabei wird sie sich schon im Frühjahr stellen, wenn zu entscheiden sein wird, ob wir gesamteuropäische Sicherheit zu bauen beginnen oder den Weg in die gesplattene Sicherheit mit der Fortsetzung der NATO-Erweiterung zulassen.

Dieses Jahr 1999 hat es in sich. Es ist Abschluss und Auftakt. Kaum etwas symbolisiert das deutlicher als der EURO, am Ende der DM-Zeit, zum Gelingen verurteilt, die neue Währungsrealität für eine unbegrenzte Frist bestimmt, jedenfalls für länger als es die DM gegeben hat.

Abschluss und Auftakt wird auch der Umzug von Parlament, Regierung und Bundesrat von Bonn nach Berlin. Noch vor dem Bau der Mauer hat Heinrich Albertz in seiner zuweilen kauzig treffenden Art Berlin als den letzten Teil des Reiches bezeichnet, über den die

Sieger noch nicht entschieden haben. Seriöser formuliert hat er sie "Hauptstadt ohne Land in einem Land ohne Hauptstadt" genannt. Das wird nun Vergangenheit, eine Vergangenheit, die für sehr viele zur vertrauten Gewohnheit geworden ist, so normal, dass die Anormalität gar nicht mehr empfunden wurde.

Die meisten hatten sich in der abnormen Teilung so selbstverständlich eingerichtet, dass sie niemals von der Bonner Republik gesprochen haben, auch weil ihnen nicht mehr bewusst war, dass Bonn für die Teilung stand und Berlin für den Anspruch auf Einheit. Die wird nun, noch immer ungewohnt, Wirklichkeit. Bonn hat seine Aufgabe im Wartestand ebenso bescheiden wie hervorragend gespielt. Die Berliner Republik wird die Normalität zeitlich unbegrenzt, jedenfalls länger als Bonn Hauptstadt war, jahrzehntelang ersehnt, erhofft und beschworen zu leben haben. Hoffentlich ebenso hervorragend und nicht unbescheiden. Diese Normalität des Denkens, Fühlens und Handelns ist noch zu gewinnen.

Dann kommt der Mai und es wird schon darüber nachgedacht, wie der fünfzigste Gründungstag der Bundesrepublik zu begehen ist. Das ist ärgerlich; denn dabei wird nicht mitgedacht, dass wir im Oktober den fünfzigsten Gründungstag der DDR zu begehen haben, die freilich noch lange nicht so genannt werden durfte, bis sie die "sogenannte" und endlich einfach DDR wurde. Die beiden Staaten sind unsere gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte.

Was ist aus den Schwestern und Brüdern geworden, wie sind sie abhanden gekommen, könnte Heinrich Albertz in provokatorischer Lust heute fragen. Als zorniger alter Mann hat er jenen einmaligen Vorgang beschrie-

ben, "dass die Besiegten innerhalb von 5 Jahren in beiden Teilen Deutschlands auf die Seiten der jeweiligen Sieger gerieten und schon nach kurzer Zeit der Eindruck entstand, in Wahrheit hätten die Deutschen den Krieg gewonnen. Das konnte nicht gut gehen, weil es so schnell wieder gut ging. So wurde der Abstand zwischen behaupteter Demokratie vor der Wirklichkeit einfach fortgeschriebener Autoritätsstrukturen immer größer, der Freiheitsbegriff des Grundgesetzes weithin zu einer Karikatur der Freiheit der Ellbogen des Stärkeren und der Traum von der Einheit des Volkes und des Landes immer mehr zu einer frommen nationalen Lüge".

Das liegt nicht so weit von dem Wort Johannes Raus, an das vorhin erinnert wurde, dass wir nicht zur Dividenden-Gesellschaft verkommen dürfen, die von allem den Preis kennt und von nichts mehr den Wert.

Der Zufall des Kalenders will es, dass wir im November dann an den zehnten Jahrestag des Mauerfalls erinnern können, dieses glückliche Ereignis, das am Anfang aller Schwierigkeiten stand, die wir uns eigentlich immer gewünscht hatten. Wir haben die staatliche Einheit, aber der Prozess der Wiedervereinigung ist noch immer unvollendet. Unter das Motto "Ausöhnung" hatte Bundeskanzler Kohl, allgemein akzeptiert, in seiner ersten Regierungserklärung nach der Einheit das prioritäre Ziel der inneren Einheit gesetzt. Das ist noch immer nicht erreicht, sogar schweigend herabgestuft unter die das ganze Volk verbindende Sorge der Arbeitslosigkeit. Diese Sorge darf und kann gewiß nicht verringert werden, aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

In einer kritischen Lage seines Landes hat der norwegische Monarch erklärt,

er sei auch der König der Kommunisten. Und Willy Brandt hat einmal an den umstrittenen Satz von Heinrich Albertz erinnert, "dass kein Mensch gnadenunwürdig sei". Die Bipolarität des Landes ist überwunden, die Bipolarität des Denkens noch nicht. Ich denke nicht an die lange, schiefe, nur auf den Osten begrenzte und insofern unselige Amnestiedebatte, aber es darf doch nicht sein, dass die Berge von Stasi-Akten, unvollständig noch zudem, als späte Rache Mielkes deutsche Gegenwart und Zukunft vergiften. Zumal uns die Namen seiner westlichen Mitarbeiter noch immer vorenthalten sind. Es geht nicht um einen juristischen Schlußstrich.

Auch 50 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik ist der Geschichte des 1000-jährigen Reiches nicht zu entkommen; 10 Jahre nach dem Fall der Mauer kann und wird uns die Geschichte des autoritären Regimes, das keine Berge von Leichen hinterlassen hat, nicht loslassen. Aber ein Akt der politischen und psychologischen Befreiung, ein Wort der Achtung für alle ist fällig, die andere Meinungen gehabt haben und noch haben mögen, damit wir unbehindert durch die nicht zu korrigierende Vergangenheit nach vorne sehen.

Das Jahr, in dem vor 50 Jahren zwei deutsche Staaten begründet wurden, bietet sich an, um die Klüfte der geteilten Erinnerungen zu überbrücken in Toleranz vor den unterschiedlichen Wegen und Lebensleistungen. Das Jahr 1999 bietet sich an, eine gesamtdeutsche Amnestie, die 1990 verfehlt wurde, nachzuholen, in dankbarer Freude über das Ende der Teilung, damit das ganze Volk, psychologisch und politisch ohne Unterschied zwischen Ost und West, der Zukunft entgegen leben kann.

Wie schwierig das Vaterland ist, von dem Gustav Heinemann gesprochen hat, haben wir gerade wieder erlebt, ausgelöst durch Martin Walser. Ich meine jetzt nicht die unbestrittene und unlöschbare Schuld, die mit dem Wort Auschwitz verbunden bleibt, sondern die erhellende und nicht beendete Debatte über die Normalität. Vergessen können wir nicht, aber die Erinnerung darf nicht die Zukunft verbauen. Ein normales Volk sind wir nach so vielen Brüchen unserer Geschichte noch nicht, aber wir müssen die Normalität anstreben und erreichen.

Unser Volk hat da eine Bringschuld. Die Nachbarn können erwarten, dass dieses Volk in der Mitte Europas endlich die Chance wahrnimmt, seiner selbst sicher zu werden. Nach den Exzessen des Nationalismus und dem gegenteiligen Ausschlag des Pendels in die Illusion, die Nation im supranationalen Europa loswerden zu können, nun seine Identität zu finden. Fast könnte man von der europäischen Pflicht Deutschlands sprechen, endlich eine Nation im Gleichgewicht zu werden, die wie andere ihre Interessen vertritt, im Dienste Europas, Trittbrettfahrerei überwindet, mit Stolz ohne Überheblichkeit. Nachdem wir einmal mehr Demokratie gewagt haben, sollten wir nun mehr Normalität wagen.

Ich habe Aufgaben umrissen, vor denen unser Volk steht. Wer da helfen soll, sie zu erfüllen oder einer Lösung näher zu bringen, sollte über Eigenschaften verfügen, Aussöhnung bewirken, Spannungen des Unüberbrückbaren mildern, Meinungen von Minderheiten verteidigen und den Menschen zugewandt Mut machen und Orientierung geben zu können. Dazu ist innere Ausgewogenheit erforderlich, die zuverlässig in sich ruht, fest aber nicht starr und das mit einer

Glaubwürdigkeit, die in Jahrzehnten erprobt ist.

Ich habe Eigenschaften von Johannes Rau beschrieben. Und da trifft es sich, daß am 23. Mai dieses Jahres auch ein neuer Bundespräsident gewählt werden wird. Dann kann sich noch eine andere Parallelität zwischen Albertz und Rau ergeben. Seine große Wirkung für unser Volk, für jung und alt, Christen und Nichtchristen, hat Heinrich Albertz erst entfaltet, nachdem er keinen Beruf mehr hatte, nachdem er den Tagesgeschäften entrückt, auf Abstand zur eigenen Partei doch ihr verbunden blieb, aber den wichtigen Fragen der Gesellschaft zugewandt unbestechlicher Mahner für Solidarität und mehr Gerechtigkeit wurde. Bundespräsident ist kein Beruf, sondern Berufung. Sie ist Dir, verehrter Johannes Rau, dem Land und seinen Menschen zu wünschen.

Ich beglückwünsche dich zu dem Heinrich-Albertz-Friedenspreis. Ich wüsste keinen besseren, dem er erstmals hätte verliehen

Dr.h.c. Johannes Rau MdL, Ministerpräsident a.D.

Meine Damen und Herren,

ich danke für einen Preis, der verbunden war mit einer ebenso brillanten wie nachdenklichen Laudatio. Herzlichen Dank.

Lieber Egon Bahr, das ist ein Text, an dem man kauen kann. Das ist guter Proviant für die auch vor mir liegende Wegstrecke.

Herzlichen Dank an die Arbeiterwohlfahrt, vor allem dafür, dass der Preis richtig mit Geld verbunden ist. Ich sammle nämlich nicht erst seit meinem Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten, sondern da besonders,

werden können. Und gestatte mir noch einen sehr persönlichen Wunsch. Mit Gustav Heinemann habe ich in der Villa Hammerschmidt Skat gespielt. Ich möchte einmal wieder mit einem Bundespräsidenten Skat spielen.

was an Honoraren einkommt, und wir sind – meine Frau und ich – bald soweit, dass wir daraus eine kleine Stiftung für soziale und kulturelle Zwecke gründen können. Da gibt es nämlich Mindestanforderungen, und mit dem Scheck sind wir nahe dran. Ich drohe aber keine Sammlung an, um die volle Summe zu erreichen, dazu ist mir Heinrich Albertz viel zu wichtig.

Egon Bahr hat ein Bild dieses Mannes gezeichnet, das kann man fast nicht ergänzen, aber ich will doch versuchen, einiges hinzuzufügen, denn, wahrscheinlich gehöre ich zu denen, die am frühesten Heinrich Albertz begegnet sind. Er kam Ende der dreißi-

ger Jahre nach Wuppertal und leitete unseren Kindergottesdienst, für ein halbes Jahr vielleicht. Mir blieb sein Name in Erinnerung, weil er einen ganz bedeutenden Bruder hatte: Martin Albertz, ein Professor für Neues Testament, an vielen Hochschulen von Breslau über Berlin, und er war der Sohn eines preußischen Oberkonsistorialrats und Oberhofpredigers.

Was ist das für ein Weg? Vom Sohn eines Oberhofpredigers zum ersten Flüchtlingsseelsorger in Celle 1946, dann zum Abgeordneten, dann zum ersten Flüchtlingsminister, dem einzigen, den es in Deutschland gab, dann zum Sozialminister, dann nach Berlin, zuerst als Senatsdirektor für Volksbildung. Dieser sperrige Mann, der da 1938 uns Jesusgeschichten erzählt hat, den habe ich eigentlich erst wiedergetroffen, richtig erkennbar 1968, auf dem Parteitag in Nürnberg. Als es die APO gab, die Herbert Wehner die Pfeife aus dem Mund schlug, und als wir drinnen saßen, Heinrich Albertz, damals schon ein in der Partei zur Seite Geschobener. Ich sehe ihn mit Kurt Beck, Kurt hieß er glaube ich, ein Senatsdirektor aus Berlin, der ein Ausschußverfahren hatte, und wir haben dann zusammen gesessen und miteinander über die Lage der Partei und über die Situation des Volkes gesprochen.

Es ist schon bewegend, einen nach seinem Namen benannten Preis zu bekommen. Als ich vor sechseinhalb Jahren schwer krank war, operiert wurde, und keiner zu sagen wußte, auch kein Arzt, ob das denn durchzustehen sei, da hat eine handgeschriebene Karte bei mir an der Nachttischlampe gestanden, auf der stand: „Lieber Johannes, wir können nicht tiefer fallen als in Gottes Hände, Dein Heinrich“. Mehr Worte waren das nicht. Mehr Worte brauchte man auch nicht.

Es sind immer die situationsbedingten Sätze, die ein Leben mitbestimmen. Ich werde nicht vergessen, und damit komme ich auf den letzten Teil dessen, was Egon Bahr uns vorgetragen hat, wie ich nach dem Mauerfall, vielleicht ein Jahr oder zwei Jahre später, einen Freund besuchte, Bürgermeister in Brandenburg, parteilos, durch die Bürgerbewegung in das Amt gekommen und sagte: „Na, wie ist das hier?“ Und er sagte: „Ach, weißt Du, wir waren vierzig Jahre Schiffbrüchige, und als wir an Land kamen, wurden wir von lauter Piraten empfangen“, und dann hab ich ihn gefragt. „Wieso?“, und dann sagte er: „Es kommen immer Leute, die wollen Baumärkte errichten, es kommen immer Leute, die wollen Filialen eröffnen, aber keiner will produzieren. Wir dürfen nicht Eure Ladentische werden. Die Werkbank im Westen, und wir der Ladentisch.“ Ein Problem, das bis heute nicht bewältigt ist, was die Strukturen auch der regionalen Wirtschaftspolitik in Deutschland angeht, ein Thema, mit dem wir noch lange Zeit zu tun haben werden.

Heinrich Albertz war Pastor, ein sehr unbequemer Pastor. Er konnte „bollerig“ sein, wie man das bei uns nennt. Er konnte sogar noch in den letzten Bremer Jahren auch am Telefon so unfreundlich sein wie Gustav Heinemann am Telefon. Und da habe ich intensive Erinnerungen. Aber Heinrich Albertz hat auch als Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt soziales Engagement und seine persönliche Glaubensüberzeugung zusammengebracht. Es gab einmal vor über hundert Jahren einen evangelischen Pastor, der hieß Johann Christoph Blumhardt, zu dem kamen die Sozialdemokraten und sagten: „Herr Pastor, wären Sie bereit, für uns in den Landtag zu gehen?“ In der Sprache von damals sagte der Pastor Blumhardt: „Wenn ich meinen Herrn Jesus mitbringen darf, dann ja.“

Und dann haben die gesagt: „Wen Sie mitbringen ist egal, aber selber kommen!“ Dieser Johann Christoph Blumhardt wurde der erste evangelische Pastor in einem deutschen Parlament. Und von diesem Blumhardt stammt der Satz: „Jesus ist der Trotz Gottes gegen Sünde, Armut und Elend“. Dass Jesus der Trotz Gottes gegen Sünde ist, das sagten alle Pastoren, aber dass das auch etwas mit Armut und Elend zu tun hat, dass es den Auftrag gibt, diese Welt zu verbessern, zu verändern, nicht diese Welt christlicher zu machen, sondern sie menschlicher zu machen, da war er der Erste, der das gesagt hat.

Ich glaube, das ist für Heinrich Albertz ein Stück seiner Lebensbotschaft gewesen. Das war nicht irgendein Softie, selbst in den späten Jahren nicht, auch nicht nach der ‚Bekehrung‘ durch den 2. Juni. Ich kann mich gut erinnern, wie Willy Brandt mir, wahrscheinlich Dir auch Egon, gelegentlich erzählt hat, oder Du hast es selber miterlebt, mit welcher Begeisterung Heinrich Albertz Innensenator war. Weil da so schöne Weiße Mäuse vorneweg und hintenher fuhren. Er hat das immer gesagt, und wie die präsentierten, er mochte das. Das war noch so ein bisschen Breslau, und ein bisschen Konsistorialpräsident und Hofpolitiker; also, das war nicht einer, der lockere Schritte ging. Er konnte ein lockeres Mundwerk haben. Man hat ihm jahrelang übelgenommen, dass er auf die Frage, wieviel Parteibeitrag er zahle, geantwortet hat, das wisse er nicht, das sei ihm egal, für Parteibeiträge sei seine Frau zuständig. Das hat in Berlin richtig Stimmung gemacht. So konnte er sein, aber er konnte eben auch wegfliegen mit fünf Terroristen, und wenn er davon erzählt hat, und einige von uns haben das erlebt, dann wissen Sie, was Grenzsituationen auch im Leben eines schon bedeutenden, sein politi-

ches Leben eigentlich abgeschlossen habenden Menschen, bedeuten.

Ich will auf die Anspielungen auf den 23. Mai nicht eingehen, sondern ich will nur sagen: „Ich wäre unredlich, wenn ich nicht sagte, manches an der publizistischen Kampagne der letzten Monate hat mich getroffen, manches hat mich auch gekränkt, vor allem dann, wenn man glauben musste, es kommt von solchen, die sich als politische Freunde bezeichnen.; und da ist es gut, wenn man Wegzehrung kriegt, Proviant. So will ich diesen Preis gerne annehmen, der länger hält als die Strecke, die jetzt zu gehen ist. Ich will mit dafür sorgen, dass Politik sich nicht überschätzt, dass niemand von uns glaubt, Politik könne Menschen glücklich machen, außer denen, die politisch handeln vielleicht. Für die meisten Menschen ist Politik nur ein kleines Segment ihres Lebens, aber Politik kann dazu helfen, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit das Leben von Menschen gelingt. Aber das Gelingen ihres Lebens, das ist ihre eigene Verantwortung, ihre eigene Chance, und mehr als den Rahmen dafür können wir nicht schaffen. Das aber zu tun nach Kräften, in Parteien und Verbänden, in gesellschaftlichen Gruppen, das ist wichtig genug, daran arbeite ich gern mit, da habe ich auch der Arbeiterwohlfahrt zu helfen versucht, und darum bin ich mit vielen Geburtstagskindern, lieber Manfred Ragati, gekommen.

Ich komme jetzt zu Elfriede Eilers und gratuliere ihr zum gestrigen Geburtstag, auch zu Franz Müntefering, der hat mit mir Geburtstag – vorges-tern – gehabt.

Ich bin dankbar für diese schöne Stunde, für diesen nahrhaften Preis und für die Solidarität, die ich in vier Jahrzehnten erfahren habe und auf

die ich mich auch in Zukunft verlasse,
jenseits aller Zurufe und Zwischentö-

ne. Herzlichen Dank.

Wilhelm Schmidt MdB, Stellvertretender AWO-Bundesvorsitzender

Verehrter, lieber Johannes Rau,
verehrte Frau Oberbürgermeisterin,
lieber Egon Bahr, Manfred Ragati,
meine Damen und Herren,

mir bleibt Dankeschön zu sagen am
Schluss dieser Stunde, die wir zur ers-
ten Verleihung des von der Arbeiter-
wohlfahrt geschaffenen Heinrich-
Albertz-Friedenspreises hier im Rat-
haus in Bonn erleben durften. Auch
ich gratuliere Johannes Rau noch
einmal sehr, sehr herzlich und ich
muss bekennen, so ungefähr haben
wir uns das vorgestellt, als wir alle
gemeinsam im Bundesvorstand dar-
über nachgedacht haben, ob denn,
und wie denn dieser Friedenspreis auf
den Weg zu bringen ist, und wie wir
ihn auch mit Leben füllen können.

Mit der ersten Verleihung an Johannes
Rau haben wir uns selbst ganz be-
wusst einen Maßstab gesetzt, und mit
dem Laudator ebenfalls. Herzlichen
Dank, lieber Egon dafür, dass Du das
in dieser Form auch gemacht hast,
und ich deute mal ganz vorsichtig an,
dass ich nicht fern davon bin, dem
Bundesvorstand vorzuschlagen, dem

hoffentlich am 23. Mai gewählten und
ab Juli amtierenden neuen Bundes-
präsidenten die Bitte zu übertragen,
der Laudator des nächsten Preisträgers
zu sein. Ich denke, das wäre eine Auf-
gabe für uns, das dem Bundespräsi-
denten näherzubringen.

Ich danke Ihnen allen, dass Sie hier
waren, ich danke vor allem aber den
Bonner Barock-Solisten hier, die uns
mit ihrer Musik erfreut haben, ab und
zu untermalt von einigen Handy-
Tönen, aber das ist in der heutigen
Zeit bedauerlicherweise nicht zu ver-
meiden, wie es scheint.

Ich freue mich sehr, dass wir hier im
Rathaus sein durften, Frau Oberbür-
germeisterin, wünsche uns allen noch
einen angenehmen Tag, vor allen
Dingen ein angenehmes und offen-
sichtlich, wie wir gehört haben, sehr
wichtiges Jahr 1999, mit vielen wich-
tigen Entscheidungen. Wir wollten uns
da auch ein ganz klein wenig einmi-
schen, das geben wir zu, und deswe-
gen darf ich Sie zum Schluss noch ein-
laden zu einem kleinen Sektempfang
und Ihnen alles Gute wünschen. Herz-
lichen Dank.